

KASSELER LINKE GEGEN HARTZ IV

Hunger und Reichtum in der BRD

„Reicher Mann und armer Mann
standen da und sahn sich an.
Und der Arme sagte bleich:
Wär ich nicht arm,
wärs du nicht reich.“ (Bert Brecht)

Armut und Mangel in der Stadt

Alte Menschen, junge Menschen, Männer, Frauen und Kinder können ohne die „Tafeln“ nicht überleben. Innerhalb von 4 Jahren nach Einführung des Armutsbeschleunigers Hartz IV stieg die Zahl der „Tafeln“ um 75%! Innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der armen Kinder aus Hartz IV Familien von 1 Mio. auf 1,5 Mio. Rund 25% der Kinder unter 15 Jahren in größeren Städten sind davon direkt betroffen. Armut ist ein Skandal, weil Armut die extremste Form sozialer Ungleichheit in einer Wohlstandsgesellschaft ist.

Aber was heißt das für die betroffenen Kinder? Sie haben viel schlechtere Bildungschancen in der Schule und schlechtere Bedingungen zu Hause in der Familie.

„Unsere Kinder brauchen mehr Hilfe, mehr Tagesstruktur. Der Bedarf an Betreuung wird immer größer. Immer mehr Kinder bleiben mittags und nachmittags zuhause unversorgt“, so die Leiterin einer Grundschule in Kassel.

Mittagessen für alle in der Schule? Sprachförderung, wenn nötig für alle? Hausaufgabenhilfe für alle? Hortplätze für alle? Viermal nein. Das ist die Realität. Der Staat wurde durch die neoliberalen Rezepte immer ärmer, schlanker und kam deshalb seinen öffentlichen Aufgaben immer weniger nach. Jetzt rufen die gleichen Leute, die den völlig deregulierten Staat massiv gefordert hatten, nach dem starken Staat, der sie mit Milliarden Euro vor dem Zusammenbruch retten soll. Und was ändert sich für die in Armut oder an der Armutsgrenze le-

benden Menschen? Sie werden wie bisher mit Almosen abgepeist, meistens presswirksam mit sogenanntem Social sponsoring. Auf deutsch: Imagewerbung für große Unternehmen und Banken. Dafür lassen sie sich dann noch feiern.

Die Schere zwischen arm und reich geht immer extrem auseinander. Unsere Gesellschaft zerfällt in Parallelgesellschaften.

Absurdistan oder das Leben in Parallelgesellschaften

Wie krank ist eine Gesellschaft, in der ein Mitarbeiter des Sozialamtes es für normal hält, einem Mann die Sozialhilfe zu kürzen, weil er sich ein paar Euro erbettelt hat? Die Stadt Göttingen hielt dies jedenfalls für normal. Erst auf massive bundesweite Proteste von Sozialverbänden und der negativen Presse wurde diese Regelung zurückgezogen.

Ist es nicht absurd, wenn einer Verkäuferin nach jahrzehntelanger Arbeit fristlos gekündigt wird, weil sie angeblich einen Getränkebon nicht richtig abgerechnet hat?

Ist es nicht absurd, wenn z.B. der reiche und mächtige Herr Zumwinkel wegen Steuerhinterziehung verurteilt wird, sich schmollend in seine millionenschwere Trutzburg an den schönen Gardasee zurückzieht und dann 20 Mio. Rentenzahlung einfordert? Diese Beispiele ließen sich beliebig fortführen.

Arme Menschen geraten schnell unter Behördenverdacht, sich Leistungen zu erschleichen. Wir erinnern uns an den Vorwurf der sozialen Hängematte! Sie müssen deshalb alles offen legen und werden oft noch schikaniert. Und reiche Menschen? Steuerbetrug wollte man lange nicht verfolgen, obwohl die



Foto: K-H Rosenhöfel

Steuerparadiese und die Steueroasen bekannt waren. Das sind die tatsächlichen Parallelgesellschaften, die sich durch die weltweite Krise noch verstärken werden.

Wer zahlt für die Krise?

Zahlen die Verursacher, die Spekulanten, die Profiteure der Krise für die Folgen? Oder sollen die zahlen, die noch ärmer werden, die zusätzlich arbeitslos werden, die als immer überflüssiger in der Gesellschaft angesehen werden?

Wo sind die Schutzschirme, die Konjunkturprogramme für die Menschen, die in Armut leben, die um ihre materielle Existenz und für ein würdevolles Leben kämpfen?

Marlis Wilde-Stockmeyer



► von Marlis Wilde-Stockmeyer
für die Kasseler Linke.ASG im Stadtparlament,
verantwortlich für Bildung und Kultur
wilde-stockmeyer@kasseler-linke-asg.net

WAHLEN IN KASSEL

Zwischenbilanz für OB Bertram Hilgen

OB zu sein, scheint auch für Bertram Hilgen nicht ganz so einfach, zumindest schwerer, als er sich das bei seiner Kandidatur und seinem versprechungsreichen Wahlkampf vorgestellt hat.

Und Versprechungen gab's ja genug. Wir erinnern uns: Regionalreform, anderer Umgang mit den Ortsbeiräten, Bürgerbeteiligung und Mitsprache bis hin zur Haushaltsaufstellung, Lernen aus dem Arroganz-Debakel der SPD von 1993, Regieren mit wechselnden Mehrheiten ... Und jetzt, heute, Frühjahr 2009, wo sich die beiden kommenden und ganz bestimmt spannenden Wahlen 2011, Kommunal- und OB-Wahl, schon abzuzeichnen beginnen, wie sieht es da aus mit der bisherigen Hilgen'schen Regentschaft? Lässt sich eine positive Bilanz ziehen oder eher nicht?

Wir meinen, und das können wir gut belegen, dass Hilgen faktisch nichts für eine zweite Amtsperiode vorzuweisen hat. Die Liste, die wir aufmachen werden, spricht eher von Versagen, von nicht eingehaltenen Versprechungen und von ungelösten Problemen in „seinem“ Magistrat:

Multifunktionshalle – Fehlanzeige!

Es vergeht ein Jahr um's andere und Kassel hat immer noch keine Multifunktionshalle. Jetzt bekommt der Investor (Rossing) schon eine Garantie für die Anmietung einiger Tausend m² für die Stadtverwaltung durch Hilgen über einen langen Zeitraum. Diese Garantie kommt auf die 11 Millionen

Zuschuss aus der Stadtkasse noch obendrauf, dazu kommen noch Steuererleichterungen wegen des Denkmalschutzes. Aber die Halle ist trotz wiederholter Positivbotschaften in der HNA immer noch nicht in Sicht. Und das, obwohl Herr Hilgen von Anfang an gesagt hat: das mache ich allein.

Geglückte und gekonnte Bädersanierung – Fehlanzeige!

Der Dezernent, den Hilgen gleich zu Beginn seiner Amtszeit an die Luft setzen wollte, ist inzwischen als Kämmerer und Sozialdezernent für eine weitere Amtsperiode gewählt. Zu den vielen Gründen, die es schon beim Amtsantritt von OB Hilgen gab, den Kämmerer außerhalb des Rathauses mit anderen Aufgaben zu betrauen (wir erinnern uns alle, dass die CDU immer wieder betont hat: „Den nehmen wir glatt auf bei uns, wenn ihn die SPD mal nicht mehr haben will“), sind inzwischen viele neue Gründe hinzugekommen. Neben seinem Versagen im gesamten sozialpolitischen Bereich hat sich Dr. Barthel ohne den geringsten Widerstand im Magistrat, nach dem von ihm selbst verantworteten Kaputtsparen aller Hallen- und Freibäder mit der Schließung von 2 Hallenbädern und dem Ausbau eines mondänen Hallenbades am Auedamm durchgesetzt. Eine grandiose, teure, unsoziale, antiökologische und stadtentwicklungspolitisch fatale Fehlentscheidung! Damit wird die Innenstadt geschwächt, Baudezernat und OB gleichermaßen blamiert (weil stadtentwicklungs-

politische Entscheidungen eindeutig Chef- und Baudezernatensache ist), die Aue unnötig belastet.

Fuldauferweg – Minuspunkte im Handlung!

Wie auch immer man zum Fuldauferweg stehen mag: die Kommunikation mit den traditionsreichen Vereinen und die Art, wie der OB die Gartenamtschefin „von der Kette“ gelassen hat, zeugt nicht von Fingerspitzengefühl und beweist, dass es mit der Einbeziehung der Bürger in wichtige, ihre Interessen tangierende kommunalpolitischen Entscheidungen nicht weit her ist.

Nachhaltige Entwicklung für die Region – Fehlanzeige!

Die Grünen sind die neuen Steigbügelhalter für die SPD. Für einen Posten im Magistrat schweigen sie zum Langen Feld (davon ist in den Koalitionsvereinbarungen keine Rede!) und sie tolerieren den Flughafen ausbau durch immerwährendes Durchwinken des Haushaltes, der natürlich Investitionen zu Calden enthält bzw. seit Jahren schon enthalten hat. Dass dieser Flughafen am Ende noch eine Spange von der A 7 direkt nach Calden nach ziehen wird, geht dann auch auf das Konto dieses Oberbürgermeisters und seiner grünen Koalitionspartner. Statt umweltorientierter Mobilitätspolitik und kreativem Flächenrecycling für Gewerbe haben wir am Ende einen überflüssigen Flughafen als zukünftiges Millionengrab und die Verschleuderung der letzten ökologisch wertvollen Freiflächen im Süden der Stadt!

Haushaltsdebatte öffentlich, bürgerfreundlich vorbereitet – Fehlanzeige!

Was im Wahlkampf Sympathie und Anerkennung ausgelöst hat, führt zur blamablen Pleite und zum Offenbarungseid. Die Bürgerbeteiligung zum Haushalt. Nicht nur unprofessionell vorbereitet und lieblos durchgeführt: Herr Dr. B. will doch mit keinem noch so motivierten und ideenreichen Bürger ernsthaft über „seinen“ Haushalt debattieren!? Und wenn man das nicht will, organisiert man die Sa-



Fotograf K-H Rosenhöfel

che eben so, dass allen Interessierten die Lust schnell vergeht. Damit fährt man so ein sinnvolles Vorhaben gegen die Wand und künftig wird kein unbefugter Bürger bei der Haushaltsaufstellung mit diskutieren oder auch nur Fragen zum einen oder anderen Posten stellen können.

Soziale Politik mit Dr. B. – Fehlanzeige!

Die Hessische Gemeindeordnung ist eindeutig: zuständig für die Verteilung der Aufgaben im Magistrat ist der OB. Und was bitte waren dann seine Motive, den Bock zum Gärtner, den kurzsichtigen Sparkommissar zum Sozialdezernenten zu machen? Den Haushalt zu sanieren? Einen noch verschärfteren Privatisierungskurs zu fahren? Wenn dem so ist, dann hat das alles der OB zu verantworten. Denn auch wenn Dr. B. mit der Basis seiner Partei rein gar nichts mehr zu tun hat, ist für sein Handeln dennoch der OB verantwortlich.

Mut für strategische Entscheidungen und aktives Eintreten dafür - Fehlanzeige!

Friedrich-Ebert-Straße? Ein Hilgen-Erfolg? Mitnichten. Fast sah es schon so aus, als wollte der OB vor den Parkplätze-fordernden-Gewerbetreibenden einknicken. Ohne die teilweise mutigen Beschäftigten der Verwaltung, die die Chance zur „Humanisierung“ bzw. Boulevardisierung der Straße endlich gekommen sahen und dem besonnenen und mediationserfahrenen Ortsbeiratsvorsitzenden West - Wolfgang Rudolph - wäre das Projekt an nur scheinbar unvereinbaren Interessenlagen fast gescheitert. Dass hier die HNA mit geköchelt,

gestichelt und aufgewiegelt hat, stimmt zwar, aber davon kann und darf man als verantwortungsbewußter Stadtpolitiker seine strategischen Entscheidungen nicht abhängig machen. Und davon, dass Hilgen vorneweg den geplanten Umbau dieser Straße, die es seit Jahren schon so dringend nötig gehabt hätte, verteidigt und durchgefochten hätte, haben wir nichts mit bekommen. Und gerade hier hätten politische Bekundungen in eben der Klarheit wie zum Uferweg auch erwartet werden dürfen.

Regionalreform – Fehlanzeige!

Und da war doch noch was: Ja, genau, die Regionalreform! Das feste Versprechen des Noch-Nicht-Oberbürgermeisters Hilgen vor den Wahlen, die schmerzhaften Versäumnisse der 70iger Jahre mit modernen Methoden und Strukturen um das Oberzentrum Kassel herum zu überwinden und so zu gerechteren und besseren Lösungen für die vielen drängenden Fragen Mobilität, Kultur und Theater, Gewerbeentwicklung etc. zu gelangen. Und was hat Hilgen auf diesem Feld erreicht, wenn man von der Fusion des einen oder anderen Amtes und der Volkshochschule absieht? Gar nichts.

Unser Fazit:

Hilgen wieder zu wählen lohnt nicht. Er ist weit hinter den selbst geweckten Erwartungen zurück geblieben. Und mit den Grünen wird das Ganze auch nicht besser, solange die wirklichen Probleme der Stadt ausgespart bleiben. Und wie das erst werden soll, gerade mit diesem Kämmerer und Sozialdezernenten, wenn die Milliarden

zur Bewältigung der kapitalistischen Wirtschaftskrise, die bislang in erster Linie an die Banken und damit indirekt an die Aktionäre geflossen sind, von uns allen zurückgezahlt werden müssen, wagen wir uns noch gar nicht so richtig vorzustellen...

Von unserer Einschätzung, das wissen wir, wird es allerdings nicht abhängen, ob Hilgen eine zweite Chance bekommen wird. Abhängen wird es davon, ob er u.a. seinen Dr. B. in den Griff bekommt und ihn zurückpfeift, sowohl was die Sozialpolitik angeht als auch die strategischen Entscheidungen der Stadtentwicklung. Fehler darf er auch keine mehr machen und neue Uferwege sollte er erst einmal lassen. Und er sollte vielleicht sein Wahlprogramm noch mal kritisch nachlesen, was da so alles drin steht. Dann kommt vielleicht noch das eine oder andere auf die Agenda, was ihm helfen könnte.

Ganz zum Schluss wird es natürlich davon abhängen, wen die CDU gegen ihn ins Rennen schicken wird. Und wer sich erinnert, wie sehr sich Roland Koch über den Verlust von Lewandowskis OB Sessels in 2005 in Kassel geärgert hat, der weiß, dass er sich etwas einfallen lassen wird. Und wenn man sieht, mit welcher kluger Voraussicht er „seine“ Frontfrau mit dem publikumswirksamen Wissenschaft+Kunstministerposten ausgestattet hat und mit welcher ruhiger Souveränität sie diesen Job erfüllt, dann kann man sich die Konkurrentin für Hilgen schon lebhaft vorstellen. Und vermutlich hat der dann - mit dieser Bilanz - keinen leichten Stand. Drake Schmidt

FOTOWETTBEWERB

Kassel mit offenen Augen sehen

Was in den Stadtteilen geschieht und was die Menschen jeden Tag vor ihrer Haustür sehen, das wissen nur die Menschen vor Ort.

Als die Kasseler Linke.ASG einen Fotowettbewerb „Kassel mit offenen Augen sehen“ ausschrieb, war es ihr ein Anliegen, dieses Wissen öffentlich zu machen.

Mit der Präsentation dieser Bilder soll der subjektive Blick der städtischen Bewohner auf ihre Stadt gewürdigt werden. Einen Monat Zeit hatten die Teilnehmenden, sich die Flecken im Stadtteil auszusuchen, an die sie ein Vergrößerungsglas anlegen wollten.

Die eingereichten Fotos zeigen eine interessante Ästhetik: frech, prägnant und vieldeutig, ruhig fragend und kriminalistisch. Deshalb präsentieren wir in dieser

Ausgabe die besten der eingereichten Fotografien.

Brisant und fast sinnbildlich sind zum Beispiel einige Fotos aus der Gegend um die zur Zeit heiß umkämpfte Lolita-Bar.

Direkt und kompromisslos ist die Forderung auf dem seit Jahren leer stehenden Blumenladen. Ein paar ausgewählte Fotos präsentieren wir in dieser Ausgabe. Wir möchten uns noch einmal herzlich bei allen Teilnehmenden

bedanken und ankündigen, dass wir einige Bilder bei der 100-Jahrfeier des Rathauses am 20./21. Juni 2009 ausstellen werden.

Fotografien: Mirjam Rauch



WIRTSCHAFTSKRISE VOR ORT

Kommunen im Griff der Krise

Schneller als viele gedacht haben, schlägt die Weltwirtschaftskrise auf die Kommunen durch. Der Einbruch der Produktion führt zu steigender Arbeitslosigkeit. Schon jetzt steigt in Kassel wieder die Zahl der Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind.

Zugleich brechen Einnahmen der Kommunen weg. Was in den verabschiedeten Haushalten für 2009 steht, ist bereits Makulatur.

Das ist umso schlimmer, als in den ‚fetten Jahren‘ nichts unternommen wurde, um die kommunalen Finanzen nachhaltig zu sanieren. Es gab kein Entschuldungsprogramm für Kassel. Es gab keine Reform der Finanzierung der Kommunen, die diese unabhängiger von Konjunkturbrüchen gemacht hätte. Im Gegenteil – Steuern für Unternehmen wurden in Zeiten des Booms gesenkt – zu Lasten der Kommunen.

Es gibt in Kassel keine ernsthaften kommunalen Programme zu Förderung von Beschäftigung. Was es in der Vergangenheit gab, wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Programme wie ‚Arbeit statt Sozialhilfe‘, wurde abgeschafft. Stattdessen setzt die Stadt auf Ein-Euro-Jobs. Mögliche Alternativen wie Kommunal-Kombi wurden fast nicht ge-

nutzt, weil die Stadt dafür Geld hätte ausgeben müssen.

Die Konjunkturprogramme kommen zu spät und zu halbherzig. Sie werden zu zögerlich umgesetzt. Hier rächt sich das Spardiktat der vergangenen Jahre. Es fehlen zum Beispiel die Fachkräfte in der Verwaltung, um das Sonderinvestitionsprogramm zügig bearbeiten zu können. Bereits jetzt deutet sich an, dass der Einbruch bei kommunalen Investitionen zur Sanierung der Schulen und anderer Gebäude (oder auch der Bäder) spätestens 2011 kommen wird.

Zudem ist das Investitionsprogramm



► **von Norbert Domes**
Fraktionsvorsitzender der Kasseler Linke.ASG im Stadtparlament
norbert.domes@kasseler-linke-asg.net

kein Geschenk an die Kommunen: sie müssen es zu einem Teil selbst bezahlen, weil ihnen von Bund und Land zugleich Steuereinnahmen gekürzt werden.

Opfer der Krise sind auch die jugendlichen Schulabgänger dieses Jahres. Das

Angebot an Ausbildung bricht drastisch ein. Dazu kommen die Altbewerber der vergangenen Jahre, die bisher keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Wir fordern deshalb ein kommunales Programm für Ausbildung. Dafür hat die Stadt nicht mehr viel Zeit. Das Ausmaß der Krise erfordert schnelles Handeln. Doch eine selbstgefällige Mehrheit von SPD, CDU, Grünen und FDP ignoriert die Notwendigkeit, schnell zu reagieren. Sie weigerten sich im Mai, unseren Antrag für ein kommunales Ausbildungsprogramm kurzfristig zu beraten. Für den Umgang mit den Folgen der Krise lässt diese Ignoranz Schlimmes befürchten.

Wir brauchen ein kommunales Programm gegen die Krise. Dazu gehört auch, dass wir uns gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf die Mehrheit der Bevölkerung und besonders auf die, die eh schon wenig haben, wehren müssen. Gerade deshalb unterstützen wir auch die

Forderung nach Einführung eines Sozialtickets in Kassel. Das ist sozial gerecht und zugleich ist jeder Euro Vergünstigung auch ein lokales Konjunkturprogramm, das sofort wirksam wird. Norbert Domes

Alle reden von der Krise - nur nicht die Rüstungsindustrie!

Deutschland ist im Ländervergleich Spitze! Wo, in der Bildung? Nein, da ist Deutschland weit abgeschlagen, denn soziale Herkunft und soziales Umfeld bestimmen maßgeblich über den Schulerfolg.

Deutschland ist Spitze in der Rüstungsindustrie, gehört zu den größten Exporteuren: 3. Platz weltweit und der 1. Platz in Europa! Tödliche Exportschlager „Made in Germa-

ny“ sind auf dem Weltmarkt begehrt. Der neueste Bericht des internationalen Friedensforschungsinstituts Sipri in Stockholm zeigt einen Anstieg von 70% bei deutschen Waffenausfuhren in den Jahren 2004-2008 im Vergleich zu 1999-2003. Keine Waffen in Spannungsgebiete? Das ist vorbei, man schaut lieber nicht mehr genau hin. Laut Sipri ist der wichtigste Wachstumsmarkt für Waffenexporte der explosive Nahe und Mittlere Osten. Selbst bei Konflikten beliefert man beide Seiten!

Die Geschäfte sind also todsicher! Trotzdem sollen nach dem Willen der Bundesregierung Hunderte Millionen aus dem Konjunkturpaket II für Rüstungsausgaben verwendet werden! Für den Kauf von Kriegswaffen, für die sog. Auslandseinsätze, im

Klartext: Für die deutschen Kriegseinsätze im Ausland.

Kassel weiterhin Rüstungszentrum

Lernt man gar nichts aus der Geschichte? Auch nicht in Kassel? Dass Kassel im 2. Weltkrieg zu 80% zerstört wurde, hing doch mit der Kasseler Rüstungsindustrie zusammen. Und Kassel ist heute ein Zentrum für den Panzerbau und für Militärtechnik insgesamt. Die 2 wichtigsten deutschen und europäischen Panzerbauer haben ihren Sitz auch in Kassel: Kraus-Maffei-Wegmann und Rheinmetall. Milliarden Gewinne in der Rüstungsindustrie bedeuten immer auch Millionen Tote und Verletzte weltweit.

Krieg führt nicht zum Frieden. Wir müssen politisch umsteuern: Statt „todsicherer“ Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie muss an einer Konversion, an der Umstellung auf zivile Produkte gearbeitet werden.

Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer



DEZERNENTENWAHL

Kämmerer Dr. B.: der Alte ist der Neue

Im März wurde Stadtkämmerer Dr. Barthel (SPD) mit Unterstützung der SPD und der Grünen für 6 weitere Jahre wiedergewählt. Dass Dr. B. im Amt des Sozialdezernenten eine katastrophale Fehlbesetzung ist, haben wir immer wieder ausgeführt. Doch wie sieht die Bilanz seiner Arbeit als Kämmerer aus?

Haushaltskonsolidierer?

Dr. B. präsentiert sich gerne als erfolgreicher Haushaltskonsolidierer, als Mann der steigenden Einnahmen und des Schuldenabbaus. Jedoch ist der Anstieg bei den Gewerbesteuererinnahmen nicht das persönliche Verdienst des Stadtkämmerers, sondern glücklicher Umstand des vergangenen Konjunkturaufschwungs. Wir müssen jedoch feststellen, dass die aktuelle Wirtschaftskrise und die Steuersenkungspolitik des Bundes zu drastischen Mindereinnahmen im kommunalen Haushalt führen werden. Von nachhaltiger Entlastung des Haushalts kann also nicht die Rede sein.

Was uns der Stadtkämmerer ansonsten als erfolgreiche Konsolidierung präsentiert sind Scheinerfolge. Eine seiner Methoden ist nicht der Abbau, sondern die schlichte Verlagerung der Schulden: Einnahmen für die Stadtkasse bei Belastung der kommunalen Betriebe und Belastung der Bürger über höhere Gebühren.

Hier produziert Dr. B. kreative Lösungen: Eigenkapitalverzinsungen, garantierte Gewinne, rasche Rückzahlung von Krediten, die die Stadt an die Betriebe gegeben hat. Sein superkreativer Lösungsversuch war die Risikobürgschaftsverzinsung für die Eigenbetriebe, rechtlich allerdings unzulässig und vom RP vorher untersagt.

170 Millionen Euro Einnahmen der Stadt als Rückzahlung durch den Kasseler Entwässerungsbetrieb (KEB) sind 170 Millionen Euro neue Schulden beim KEB. Das ist das Prinzip ‚Linke Tasche - rechte Tasche‘. Eine Entschuldung findet nicht statt. Der Umgang mit dem KEB ist nur ein Beispiel. Die Liste lässt sich fortführen: Sonderausschüttungen der Wohnungsbaugesellschaft GWG an die Stadt, finanziert durch eine Kreditaufnahme bei der GWG, damit diese finanziell handlungsfähig bleibt. Die kalkulierten Gewinne des Dr. B. bedeuten höhere Gebühren für die Bürger. Sie sind im Grunde Sondersteuern zur Haushalts-

konsolidierung.

Neben der Verlagerung von Schulden bewirkt B.s Sparpolitik Substanzverlust, weil nötige Investitionen unterlassen werden. Das gilt auch für die Ausgaben in soziale Sicherung und im Bildungsbereich. Das ist die Kehrseite des Sparregimes, die auf lange Sicht teuer wird.

Ein trauriges Beispiel sind die Bäder: Nach jahrzehntelanger Unterfinanzierung wird es jetzt erstens teuer und zweitens werden mit den hohen Sanierungskosten Schließungen begründet.

Beteiligungsdezernent

Dr. B. ist Vorreiter beim Kurs auf Privatisierung des öffentlichen Eigentums.

Er wollte den Verkauf der Städtischen Werke vorantreiben. Er war der Architekt der formellen Privatisierung des Klinikums, das heißt der Aufgabe der Gemeinnützigkeit um die Option für einen Verkauf zu schaffen. Auch hier wieder eine der Barthelschen kreativen Lösungen: die Aufgabe der Gemeinnützigkeit war ein Dreiecksgeschäft, bei dem das Klinikum am Ende ca. 7,5 Millionen Euro zugunsten der Stadtkasse gezahlt hat.

Zu dem Kurs auf Privatisierung gehört auch die Befürwortung von Cross-Border-Leasing, eines der dubiosen Finanzprodukte und eine Form der Privatisierung, bei der die Kommune eine Art Schweigegeld erhält, damit die Anleger sich zu Lasten des öffentlichen Eigentums bereichern können.

Mehr Demokratie?

Mit Privatisierung ist immer auch eine Einschränkung und ein Abbau einer öffentlichen Kontrolle verbunden. Verträge sind geheim, Aufsichtsgremien tagen nicht öffentlich.

Damit steht Dr. B. nicht für mehr Demokratie, Transparenz und Bürgerbeteiligung, im Gegenteil. Und die Konsequenz dieser Grundhaltung zeigte sich beim Umgang mit dem Bürgerhaushalt – immerhin eines der zentralen Wahlversprechen des OB Hilgen. Dr. B. hat dieses Projekt bisher erfolgreich zu Fall gebracht.

Stadtpolitik

Dr. B. mischt sich massiv in Bereiche der Stadtpolitik ein, wo er unter seinem engen Blickwinkel der kurzfristigen Effekte für den Haushalt für Fehlentscheidungen bei einer langfristigen Entwicklung der Stadt sorgt.

Jüngstes Beispiel für eine Barthelsche Eigenmächtigkeit: die Aufgabe des Stadtbads Mitte, das ideal gelegen ist, zugunsten eines Neubaus am Auebad, ein Standort mit vielen Nachteilen.

Dauerbeispiele: Statt den Schwerpunkt auf die Nutzung des Bestands zu legen, fordert er vorrangig den Verbrauch neuer Flächen für Eigenheimbau (Dönche) und Gewerbe (siehe Langes Feld).

Fazit

Der Antrag von SPD und Grünen auf die Wiederwahl von Dr. B. ist ein Antrag auf die Fortsetzung der Barthelschen Politik. Und so ist auch die Vereinbarung von SPD und Grünen formuliert. Warme Worte für alle. Knackpunkte ausgeklammert, kein Politikwechsel in Kassel.

Die Grünen werden wissen, warum sie sich darauf einlassen, ausgerechnet den Dezernenten im Amt zu bestätigen, der ihre erste Kooperation mit der SPD zu Fall brachte und die beiden damaligen grünen Magistratsmitglieder in die Wüste schickte.

Wir sagen nur: es reicht, es ist Zeit für eine neue Politik und neues Personal.

Norbert Domes

unsere MetzgerIn heißt Barthel

Keine Anzeige

STADTENTWICKLUNG

Für einen Boulevard in der F-E-Straße

Der Umbau der Friedrich-Ebert-Straße muss einen positiven städtebaulichen Quantensprung bringen. Die aktuelle Chance für eine solche Maßnahme darf wegen einer Handvoll Stellplätze nicht auf's Spiel gesetzt werden!

Dass die Kasseler Linke, die den Umbau der Friedrich-Ebert-Straße schon 2006 beantragt hat – der Antrag wurde abgelehnt – für einen Umbau eintritt, versteht sich von selbst.



Wolfgang Rudolph - Ortsvorsteher des Ortsbeirates West – ist inzwischen Experte in Sachen Bürgerbeteiligung. Er ist erfahren und kompetent in der Vermittlung von stadt- und verkehrsplanerischen Projekten. Die Vorbereitung beim geplanten Umbau

der Friedrich – Ebert – Straße mit rundem Tisch, Expertengesprächen und anderem im Vorfeld hätte besser und intensiver nicht sein können. Dann kommt noch so was wie ein Geldsegen, genau zum richtigen Zeitpunkt. Das neue Förderprogramm „Aktive Kernbereiche“ ist maßgeschneidert für das Projekt. Trotzdem lösen schon die ersten Vorschläge alles andere als freudige Erwartung und Optimismus aus, sondern blanke Angst und lauten Unmut. Es wird befürchtet, dass es weniger Parkplätze und vielleicht sogar Staus geben könnte. Diese eindimensionale Gewissheit, dass viele fahrende und parkende Autos gleichzusetzen sind mit hohen Umsätzen und urbaner Attraktivität feiert in Kassel immer wieder - und jetzt erneut in der Friedrich- Ebert - Straße - Urstände.

Und genau hier kommt die HNA ins Spiel. Spezialisiert darauf, die kommunale Souveränität grundsätzlich und bei jeder konkreten sich bietenden Gelegenheit frontal anzugreifen, schießt sie sich von Anfang an gegen die vorgelegten Planungen ein. Weil die HNA und ihre Firmenleitung auf die totale Privatisierung setzen und folglich gegen kommunale Hoheit polemisieren, wo und wie sie nur können, nimmt sie auch dieses Vorhaben zur Urbanisierung, Domestizie-

rung, Boulevardisierung dieser Straße „auf die Hörner“. Statt differenziert zu berichten und zu kommentieren, werden die Ängste genau derjenigen, die das alleinige Heil in breiten Straßen und vielen Stellplätzen sehen, geschürt.

Dass die verantwortliche Städtebau – Redakteurin der HNA, Frau Schwab, so tendenziös, einseitig und so offen autolastig schreibt, fällt besonders auf. Es gab auch schon deutlich differenziertere Betrachtungen zu geplanten Projekten der Stadt Kassel von ihr. Möglicher Weise kommt das aber in diesem konkreten Fall auch daher, dass sie im Königstor wohnt und Verdrängungsverkehr aus der Friedrich – Ebert – Straße und damit Nachteile für sich selbst befürchtet. Dass eine derartige Befürchtung zu solchen journalistischen Einseitigkeiten führt, ist mehr als bedauerlich. Den Autofetischisten Stimme und derart viel Platz in der Berichterstattung einzuräumen, hat mit Ausgewogenheit nichts mehr zu tun.

Dass die Zukunft der Straße – für die Anwohner und Gewerbetreibenden, die Kunden und Hauseigentümer - liegt genau darin, die vorhandenen Defizite aufzuspüren und die vorhandenen Potentiale der Straße zugunsten der Fußgänger, Radfahrer, Nutzer des öffentlichen Verkehrs kreativ neu zu verteilen. Wenn es gelingt, die Straße mit großen Bäumen wirksam und nachhaltig zu begrünen, werden am Ende alle Gewinner sein...

Drake Schmidt ■

NIEDERSCHLAGUNG DES FASCHISMUS

8. Mai - Thank You! Spassiba! Merci!

Das Bündnis gegen Antisemitismus Kassel (BgA_Kassel@gmx.de) rief am 8. Mai am Opernplatz zu einer öffentlichen Gedenkfeier anlässlich der Zerschlagung des Deutschen Nationalsozialismus auf. Zeitweise bis zu 3 Dutzend gut gelaunte Anhänger des Bündnisses informierten unter dem Motto „Thank You! Spassiba! Merci!“ die Kasseler Passanten über das Ereignis vor 64 Jahren und luden sie auf ein Becher Sekt ein.

STADTENTWICKLUNG

Ökologische Stadtentwicklung statt Einfamilienhäuser mit grünem Deckmäntelchen

Kassel benötigt dringend eine nachhaltige Siedlungsentwicklung, um den ökologischen Standard endlich in der Fläche anzuheben.

Die geplante Öko-Siedlung auf dem ehemaligen Gartenbau-Gelände in Oberzwehren trägt dazu wenig bei. In allen Bebauungsplänen müsste der derzeitige Stand der Technik für energiesparendes, ökologisches Bauen zugrunde gelegt werden und negative Folgen für die Umwelt vermieden werden. Entsprechende Forderungen der Kasseler Linke sind leider bei etlichen auch großflächigen Bebauungsplänen, wie etwa in Wolfsanger Triftweg und Dessenborn als auch bei der Multifunktionshalle, unberücksichtigt geblieben.

Stattdessen konzentriert sich die Stadt auf ein ‚Leuchtturmprojekt‘ Ökosiedlung.

Die angekündigte besondere städtebauliche Qualität lässt sich dabei nicht erkennen.

Bei näherer Betrachtung entpuppt sich das Projekt als schlichte Einfamilienhausbebauung mit gerade einmal 43 Bauplätzen

– noch dazu auf einem wenig geeigneten Gelände.

Den südlichen Teil des Baugebiets sollte man wegen der Zufuhr frischer Luft nach Kassels Süden ohnehin besser von Bebau-



ung frei halten.

Ein weiterer Nachteil ist die für ein Wohngebiet zu hohe Lärmbelastung durch die ICE Trasse auf Teilen des Geländes. Bauwillige können zwar mit einem höheren Kostenaufwand die Lärmbelastung im Gebäude senken, aber die Nutzung der

Gartenflächen wird durch die Lärmbelastung massiv beeinträchtigt.

Die zum ersten Mal in Kassel in einem Bebauungsplan festgesetzten energetischen Anforderungen werden von uns begrüßt. Allerdings sind die Werte von 40 kWh/m² Jahres-Primärenergiebedarf noch so hoch angesetzt, dass sie schon für sanierte Altbauten gut zu erreichen wären. Für einen Neubau mit dem Etikett „Ökologische Siedlung“ sind die Werte noch zu hoch – hier wäre Passivhausstandard gefordert. Technisch kein Problem!

Das benachbarte Gelände des AVZ wird in absehbarer Zeit von der Hochschule nicht mehr genutzt werden. Dort eine sinnvolle Nachfolgenutzung mit ökologischer Ausrichtung zu planen, stellt eine gute Alternative dar. Im benachbarten Nordshausen gibt es ergebnislos sofort nutzbare Leerstände im Gebäudebestand im Stadteilkern. Mit immer neuen Bauflächen wird die sinnvolle Nutzung von zu sanierenden Altbauten untergraben.

FINANZZENTRUM

Überwachungswahn

Beim Spaziergehen mit offenen Augen fallen an vielen Stellen Kameras auf, die den öffentlichen Raum abfilmen. So sind am neuen Finanzzentrum am Altmarkt zahlreiche Kameras montiert, die in der Weserstraße alle Passanten auf dem Bürgersteig, der sich direkt an das Gebäude anschließt, erfassen.

„Die Mehrzahl der Kameras in den hessischen Städten und Gemeinden sind nicht durch Polizei oder Gefahrenabwehrbehörden [...] errichtet worden, sondern von privaten Stellen [...]“ so der Tätigkeitsbericht des Hessischen Datenschutzbeauftragten. Eine Überwachung des öffentlichen Raums ist in Hessen nur der Polizei und den Ordnungsbehörden der Kommunen zugestanden. Dass die Einhaltung des Datenschutzes vielen Firmen keine Herzensangelegenheit ist, überrascht nicht wirklich. Dass aber bei dem vom Land Hessen genutzten Gebäude die rechtlichen Grundlagen ignoriert werden, dokumentiert den Verfall des Respekts vor dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung.

Dem logisch Denkenden stellt sich die

Frage, wer oder was soll mit dem Montieren einer nicht billigen Kameraüberwachung an einem Finanzamt überwacht werden? Menschen, die Raubüberfälle auf die Kantinenkasse starten, Terroristen, die die Finanzbehörden als herausragende Stütze des Systems attackieren oder doch nur ein Sprayer, der die triste Fassade angreifen könnte?

Auf die Frage der Landtagsabgeordneten der Linken, Marjana Schott, musste Finanzminister Weimar einräumen, dass die Kameraüberwachung nicht vom Hessischen Gesetz über Sicherheit und Ordnung (HSOG) abgedeckt ist. Nach der Anfrage im Landtag änderte sich übrigens die Ausrichtung der Kameras am Gebäude, sie sind jetzt stärker in Richtung Gebäudewand gedreht. Die Kasseler Linke wird am Ball bleiben. Jann Hellmuth



Ein Kommentar zur Europawahl 7.6.09

Fast alle Medien verkünden in den Wochen vor der Europawahl wie gleichgeschaltet eine Botschaft: Die Europäische Einigung dürfe nicht scheitern, die Lissabon-Verträge müssten in Kraft gesetzt werden.

Aber über den Inhalt der Verträge, über die damit verfolgten Ziele, über den Zustand der Europäischen Union schweigen sich die Medien aus. Die Politik der EU wird bestimmt von den Bürokraten der Europäischen Kommission und den Regierungschefs der Mitgliedsstaaten. Das Europäische Parlament hat dabei nicht viel zu sagen.

Ein Dogma dieser EU-Politik ist der Marktradikalismus, die Förderung des freien Wettbewerbs, soziale Rechte gibt es allenfalls in den Sonntagsreden. Das hat Folgen, auch ganz konkret für die Politik in Kassel. Dazu ein Beispiel: Wir hatten in einem Antrag gefordert, kommunale Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die ihre Arbeitnehmer mindestens nach den gültigen Entgelttarifen entlohnen und eine entsprechende Tariftreuerklärung abgeben. Das wäre ein Schritt, um der Lohndrückerei lokal etwas entgegen zu setzen. Zu Abstimmung über unseren Antrag kam es nicht, weil der Europäische Gerichtshof genau solche Tariftreue-Bestimmungen untersagt hat. Lohndrückerei als Grundsatz der EU. Mit dem Lohn- und Sozialdumping soll das ehrgeizige Ziel der EU finanziert werden, zur stärksten Wirtschaftsmacht zu werden und zu einer unabhängigen Militärmacht, die weltweit ihre Interessen mit Gewalt durchsetzen kann. Die Militarisierung und Aufrüstung sind Grundsatz des Lissabon-Vertrags.

Gerade weil das Europäische Parlament schwach ist, braucht es eine starke linke Fraktion, für ein friedliches, soziales, demokratisch verfasstes Europa.

Die Linke fordert Abrüstung statt Aufrüstung, lehnt US-amerikanische Raketen-schilder in Tschechien und Polen ab, setzt sich für soziale Mindeststandards und einen Mindestlohn ein. Die Linke fordert Volksabstimmungen bei wesentlichen

Fragen wie etwa beim Lissabon-Vertrag, Genügend Gründe am 7. Juni links zu wählen.

Norbert Domes



Das Europaparlament in Brüssel

Impressum **linKS**zeitung

Herausgeber: Kasseler Linke.ASG
ViSdP: Norbert Domes
Obere Königsstr. 8, 34117 Kassel
Tel 0561 787 3315,
E-Mail kontakt@Kasseler-Linke-asg.net
www.kasseler-linke-asg.net
Auflage: 6.000
Druck: Grafische Werkstätten
Layout: Leonie Blume

+ DIE + **LINXS**ZEITUNG

Die Linkszeitung www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke. ASG erlaubt, den Namen weiterzuverwenden.

Terminkalender

Treffen, Veranstaltungen, Aktionen, Demos...

Dönchebebauung oder Innenentwicklung

Donnerstag 28 Mai, 2009 um 19:00 Schlachthof Raum 3

Die Ausweisung von immer neuen Baugebieten auf Äckern oder Wiesen scheint in Kassel ungebrochen. So gibt es konkrete Bestrebungen die seit Jahrzehnten nicht umgesetzte Planung zum Baugebiet Dönche Süd zu verwirklichen. Das Gebiet zwischen Nordshausen und dem Naturschutzgebiet Dönche soll auf über 20 ha eine 08/15 Einfamilienhaussiedlung verpasst bekommen. Erfreulicherweise hat der Ortsbeirat erkannt, dass die Leerstände im Nordhäuser Stadtteilkern durch die ortsnahe Schaffung von Konkurrenzangeboten verschärft wird. So gibt es Forderungen, dass die Defizite in der Ortslage als allererstes gelöst werden sollen.

Zu dem Termin kommen VertreterInnen der BI Nordshausen.

Aktuelle Termine findest Du unter
www.kasseler-linke-asg.net

Jeden Dienstag 13- 15 Uhr
BürgerInnensprechstunde
Tips rund um Soziales und ALG II
Fraktionsbüro Rathaus Zimmer W
25 nicht in den Schulferien

Donnerstag 4.6.09
Offene Fraktionssitzung, Themenschwerpunkt Drogenpolitik, Vorbereitung Stadtverordnetenversammlung, um 19 Uhr im Schlachthof, Raum 3, Mombachstr. 12